



Bundesministerium
der Verteidigung



Baden-Württemberg



BOSCH

STAATSMINISTERIUM
PRESSESTELLE DER LANDESREGIERUNG

PRESSEMITTEILUNG

3. September 2009

Nr. 261/2009

Bund, Land und Bosch unterzeichnen Grundlagenpapier zur Einrichtung eines Forschungszentrums der Robert Bosch GmbH in Renningen-Malmsheim

Ministerpräsident Günther H. Oettinger: Forschung und Entwicklung sind Basis für künftigen Wohlstand und Arbeitsplätze im Land - Bekenntnis zum Standort Baden-Württemberg

„Forschung und Entwicklung sind die Basis für den Wohlstand und die Arbeitsplätze der Zukunft. Neue, innovative Produkte für die Weltmärkte legen den Grundstein für den Erfolg unserer Unternehmen und geben kommenden Generationen gute Entwicklungsperspektiven. Die Bosch Gruppe stellt sich dieser Herausforderung und verbindet sie durch ihre Entscheidung für ein Zentrum für Forschung und Vorausbildung in Renningen-Malmsheim mit einem Bekenntnis zum Standort Baden-Württemberg. Dies ist eine großartige Nachricht für das Land und die Region sowie ein wichtiges Aufbruchsignal mitten in wirtschaftlich schwieriger Zeit.“ Das sagte Ministerpräsident Günther H. Oettinger am Donnerstag (3. September 2009) anlässlich der Unterzeichnung eines Eckpunktepapiers durch Land, Bund und der Robert Bosch GmbH in Renningen.

Das Eckpunktepapier legt die Grundsätze fest, anhand derer nun die Verträge zur Eigentumsübertragung und künftigen Nutzung des rund 95 ha großen Geländes ausgearbeitet werden können. Danach soll Bosch im Norden des Übungsgeländes 31 ha und im Süden 9 ha erwerben. Der mittlere Teil des Übungsgeländes einschließlich der Start- und Landebahn mit rd. 55 ha soll ins Eigentum des Landes übergehen. An dieser Fläche besteht weiter militärischer Bedarf. Bosch kann den Mittelteil erst er-

werben, wenn der Bundeswehr ein geeignetes Ersatzgelände für die Durchführung ihres Ausbildungsbetriebs zu Verfügung gestellt worden ist.

Oettinger dankt Beteiligten für konstruktive Verhandlungen

Ministerpräsident Günther H. Oettinger bedankte sich ausdrücklich bei Bundesverteidigungsminister Dr. Franz Josef Jung und dem Vorsitzenden der Geschäftsführung der Robert Bosch GmbH, Franz Fehrenbach für die konstruktiven Verhandlungen und das dem Land entgegengebrachte Vertrauen. „Der Durchbruch in den Verhandlungen ist gelungen, weil die Bundesseite und Bosch das Land als ehrlichen Vermittler zwischen den unterschiedlichen Interessen akzeptiert und so zu einem Kompromiss gefunden haben“, betonte der Ministerpräsident. Der Bund veräußere bereits jetzt auch den Grundstücksteil, der noch für militärische Zwecke benutzt wird. Bosch vertraue im Gegenzug darauf, dass ein Ersatzgelände für die Bundeswehr in absehbarer Zeit gefunden werde und der Mittelteil dann für eine Erweiterung des Forschungszentrums in etwa 15 oder 20 Jahren genutzt werden könne.

Fehrenbach: Technische Kompetenzen bündeln und stärken

Auf dem Gelände werde die Bosch Gruppe ein Zentrum für Forschung und Vorausbildung aufbauen, das die zugehörigen Einheiten des Technologieunternehmens an einem Standort nahe der Unternehmenszentrale bündelt und zugleich Leitfunktion für die Koordination der internationalen Forschung und Vorausbildung übernimmt, sagte der Vorsitzende der Geschäftsführung der Robert Bosch GmbH Franz Fehrenbach. Das neue Forschungszentrum werde zunächst 1.100 Mitarbeiter aufnehmen. Eine verbindliche Planung für Errichtung und Inbetriebnahme werde im Laufe des Jahres 2010 erstellt, wenn geklärt sei, welche Zeit die Herstellung des Planungsrechts erfordere. "Wir sind insbesondere dem Staatsministerium des Landes Baden-Württemberg und Ministerpräsident Oettinger, aber auch dem Verband und der Wirtschaftsförderung Region Stuttgart dankbar für ihre Unterstützung. An diesem Standort können wir zukünftig wichtige technische Kompetenzen bündeln und die interdisziplinäre Zusammenarbeit stärken und ausbauen. Damit schaffen wir eine wesentliche Voraussetzung für ein weiterhin hohes Innovationstempo der Bosch-Gruppe", unterstrich Franz Fehrenbach.

Jung: Bundesministerium der Verteidigung ermöglicht Nutzung von bundes-eigenen Flächen

Um Bosch die Ansiedlung auf dem Übungsgelände der Bundeswehr zu ermöglichen, haben die Beteiligten in intensiven Verhandlungen den Weg frei gemacht für eine Eigentumsübertragung, sagte Bundesminister der Verteidigung Dr. Franz Josef Jung. Damit seien unter aktiver Mitwirkung des Bundesverteidigungsministeriums die Voraussetzungen geschaffen worden, das Forschungs- und Entwicklungszentrum bauen zu können. Er betonte zudem, dass die gefundene Lösung die Sicherstellung der uneingeschränkten Einsatzbereitschaft der Bundeswehr berücksichtige. Die Veräußerung des Geländes trotz eines weiter bestehenden Bedarfs an einer militärischen Nutzung zeige, dass die Bundeswehr den Interessen der Wirtschaft nicht entgegenstehe. Vielmehr werde durch solche Lösungen die Kooperation zwischen Wirtschaft und Bundeswehr weiter gestärkt. Er sei sicher, dass der Beitrag der Bundeswehr helfe, in Deutschland die herausragenden technischen Kompetenzen zu erhalten und auszubauen.

Oettinger: Baden-Württemberg muss Vorreiter der Automobilentwicklung bleiben

Ministerpräsident Oettinger betonte die Bedeutung des neuen Forschungszentrums für die Entwicklung elektrogetriebener Automobile. „Die Landesregierung will, dass Baden-Württemberg ein bedeutender Automobilstandort bleibt. Dies wird nur möglich sein, wenn hier zu lande das „Auto der Zukunft“ erforscht und entwickelt wird“, unterstrich der Ministerpräsident. Er sei davon überzeugt, dass die bestehende Forschungslandschaft dafür zwar eine gute Ausgangsbasis biete. Die Forschungsinfrastruktur müsse aber an die neuen Herausforderungen angepasst und weiterentwickelt werden. Dies gelte für die Forschung und Entwicklung in den Unternehmen der Automobil- und Zulieferindustrie genauso wie für die Forschung in den Universitäten und universitätsnahen Einrichtungen im Land. „Daher benötigen wir Investitionen in die bestehende Forschungslandschaft. Bosch leistet mit dem in Renningen beabsichtigten Aufbau eines Forschungszentrums in diesem Zusammenhang einen außerordentlich wichtigen Beitrag“, sagte Ministerpräsident Günther H. Oettinger.